

A close-up portrait of a middle-aged man with short, graying hair and glasses, wearing a dark blue suit jacket over a light blue shirt. He is looking directly at the camera with a slight smile. The background is a solid teal color.

JOSEF
BUCHER
2013

JOSEF BUCHER

DIE MODERNE MITTE!

Das BZÖ-Wirtschafts- und Sozialprogramm



PRÄAMBEL

DIE MODERNE MITTE!

Bei der Nationalratswahl am 29. September 2013 entscheiden Sie mit Ihrer Stimme über die Zukunft Österreichs. Wir haben die Wahl: Wollen wir schon wieder fünf Jahre mit einer SPÖ/ÖVP-Koalition vergeuden?

Die Wahrheit ist: Alles wird immer teurer. Unser Wohlstand und unser Einkommen werden immer weniger. Die Arbeitslosigkeit steigt. Die Wirtschaft schrumpft. Das Einzige, was noch wächst: die Belastung durch Steuern, Abgaben und Gebühren! SPÖ und die ÖVP verspekulieren unsere Zukunft, Pensions- und Gesundheitssysteme drohen zu kollabieren, die Bildung unserer Kinder ist so schlecht wie nie zuvor. Und: Immer mehr Alleinerzieherinnen und Familien sind arm oder leben an der Armutsgrenze!

Das alles kann und muss nicht so weitergehen! Für all diese Probleme gibt es gute und richtige Lösungen. Klar ist aber: Wenn wir resignieren, die Wahl verweigern oder exzentrische Spaßkandidaten wählen, wird sich gar nichts ändern. Wir brauchen eine starke politische Stimme der Vernunft aus der Mitte der Gesellschaft.

Das BZÖ geht den Weg der Mitte. Das BZÖ mit Josef Bucher ist die neue, moderne Mitte: Für die Leistungswilligen, den breiten Mittelstand der Beschäftigten und Selbständigen. Für die Jugend und für unsere Familien in allen ihren modernen Ausprägungen. Für den selbstbestimmten Bürger.

Das BZÖ geht den Weg der Mitte, es geht den Weg der Vernunft. Wir setzen nicht auf Populismus und Protest. Wir drängen nicht wie die Grünen bedingungslos darauf, um jeden Preis mit zu regieren. Wir werden aber zeigen, wie man es besser macht! Wir sind die moderne Mitte. Wir sind die längst notwendige Absage an Stillstand und Reformverweigerung.

Der Weg der Mitte ist nicht immer der einfachste Weg. Wir wissen das und gehen ihn trotzdem konsequent weiter. Ohne politische Extremismen. Aber unbeirrbar für ein zukunftsfähiges Österreich.

Josef Bucher kommt aus der klein- und mittelständischen Wirtschaft. Er weiß, wo Arbeitnehmer und Wirtschaftstreibende der Schuh drückt. Als geschiedener Vater von drei Kindern kennt er auch die Probleme der Familien. Bucher ist kein Berufspolitiker. Er ist kein Funktionär und kein Apparatschik, und er hat bewiesen, dass er nicht käuflich ist. Ihm geht es allein um Österreich!

Josef Bucher stellt mit der modernen Mitte die Zukunft in den Mittelpunkt: Weil wir heute alles daran setzen müssen, damit wir unseren Wohlstand, unsere Leistungskraft und unsere Lebensqualität auch morgen erhalten können. Für uns, für unsere Kinder und Enkelkinder! Als einzige erfahrene politische Kraft kann dabei nur das BZÖ als „Aufpasser“ von ÖVP und SPÖ dafür sorgen, dass die notwendigen Reformen umgesetzt werden: Die moderne Mitte ist das Zünglein an der Waage!

Wir alle sind die moderne Mitte, das Zentrum unserer Gesellschaft. Auch Sie gehören dazu! Und: Jede Stimme für das BZÖ ist eine Stimme für eine starke und kraftvolle moderne Mitte. Aus ihr wird eine gute Zukunft für Österreich wachsen! Nützen wir diese Chance: Sie und wir gemeinsam!



DIE MODERNE MITTE DER JUGEND EINE ZUKUNFT GEBEN!

Die umfassenden und wachsenden Probleme unserer Jugend beschränken sich nicht nur auf den Bildungsbereich und müssen daher in ihrer Gesamtheit endlich zu einem Schwerpunktthema der politischen Arbeit gemacht werden. Die Generationengerechtigkeit muss ein Verfassungsrecht werden!

Das bedeutet: Es darf keine privilegierten Leistungen und Staatsausgaben auf Kosten der nächsten Generationen geben. Privilegierende Sonderpensionsrechte und besondere Vergünstigungen wie etwa im staatsnahen Bereich (ÖNB, ÖBB etc.), bei Beamtenfrühpensionen oder den unterschiedlichen Pensionsvorsorgen in den Ländern und Gemeinden müssen beseitigt werden.

Das Leben unserer Jugend bringt aber auch zahlreiche Alltagsprobleme mit sich, welche konkrete Lösungen erfordern. Etwa das Beispiel Führerschein: Pro Jahr wollen rund 100.000 Jugendliche die Führerscheinprüfung ablegen. Dabei sind die immensen Kosten von durchschnittlich 1.500 Euro für den B-Führerschein die größte Hürde. Künftig soll mit einem „Freifach Führerschein“ an den Schulen – egal ob Berufsschulen oder höher bildende Schulen – der Führerscheinwerb wieder leistbar gemacht werden. Dabei soll in Zusammenarbeit mit den Fahrschulen eine freiwillige Führerscheinausbildung angeboten werden, wobei der Theorieteil und Erste Hilfe unterrichtet werden sollen. Dadurch könnten sich nach Schätzungen von Experten die Schüler rund 300 Euro ersparen, also durchschnittlich 20 Prozent der Kosten.

Reformbedarf zeigen auch die dramatischen Gehaltsunterschiede zwischen Jungen und Alten, obwohl die Leistung nicht unbedingt mit dem Alter steigt und die Jugend mehr Geld für den Aufbau einer eigenen Existenz benötigt. Hier ist ein Gegensteuern nötig, um eine Abflachung der Gehaltskurve zu erreichen. Die Gehälter müssen in jenem Zeitraum höher sein, in dem auch die höchsten Kosten anfallen, Familien gegründet werden und Wohnraum geschaffen wird. Damit haben junge Menschen mehr Möglichkeiten, ältere Arbeitnehmer sind nicht mehr zu teuer. Daher müssen die Kollektivvertragsbestimmungen entsprechend geändert werden!

Die BZÖ-Forderungen für die Zukunft unserer Jugend:

- ✗ Generationengerechtigkeit verfassungsrechtlich festschreiben;
- ✗ keine privilegierten Leistungen und Staatsausgaben auf Kosten der nächsten Generationen;
- ✗ Kostenloses WLAN in Österreich;
- ✗ kostenlose Laptops für Schüler mit e-Books und Reduktion der Wegwerf-Schulbücher;
- ✗ Freifach Führerschein in der Schule;
- ✗ Schaffung eines Zukunftsfonds zur Vergabe von zinslosen Darlehen an Jugendliche: Dieses ist zweckgebunden für Ausbildung (Studium, Kolleg etc.) oder Unternehmens- bzw. Existenzgründung. Die Rückzahlung erfolgt nach einem festgelegten Plan im Laufe von 15 Jahren;
- ✗ Gehaltskurve umdrehen und abflachen.



DIE MODERNE MITTE

BILDUNG BESSER MACHEN!

Die Ausrichtung unseres Schul- und Bildungssystems muss grundsätzlich neu überdacht werden. Es zählt das Ergebnis! Ziel der Schulpflicht sind nicht neun verlorene Lebensjahre, sondern gewonnene Kompetenzen, die mindestens Arbeitsmarktreife gewährleisten müssen.

Laut der 2012 veröffentlichten PISA-Studie haben 27,5 Prozent der Jugendlichen in Österreich eine Leseschwäche. (Schlechtere Werte haben nur noch Bulgarien und Rumänien). Innerhalb von nicht einmal zehn Jahren ist der Anteil leseschwacher Schüler in Österreich um 42,5 Prozent gestiegen!

Für den wirtschaftlichen Erfolg Österreichs in der Zukunft ist nicht die Zahl der Schul-, Gymnasiums- oder Hochschulabsolventen wichtig, sondern nur ihr Können!

Im Mittelpunkt der Bildungspolitik müssen die Schülerinnen und Schüler stehen und nicht die Lehrgewerkschaft!

Die BZÖ-Forderungen für eine bessere Bildung:

- ✗ Eine Pflichtschule, die mit einem positiven Abschlusszeugnis endet, das die Erfüllung folgender Grundfertigkeiten bestätigt:
 - ✗ Grundrechnungsarten;
 - ✗ Gefühl für (mathematisch ausdrückbare) Größenordnungen und Zahlenverhältnisse;
 - ✗ sinnerfassendes Lesen und Schreiben;
 - ✗ sprachliches Ausdrucksvermögen;
 - ✗ Fähigkeit, sich in sozialen Situationen zu orientieren (z.B. Kommunizieren, Höflichkeitsregeln);
 - ✗ Fähigkeit, mit (neuen) Medien umzugehen;
 - ✗ Kenntnisse in Informatik als Basis für viele Berufe.
- ✗ Weg von der Nachhilfe! Heute benötigt jeder fünfte Schüler Nachhilfe. Viele Eltern können sich diese aber nicht mehr leisten, die anderen geben dafür im Schnitt 700 Euro aus. In Summe sind das allein 2013 über 100 Millionen Euro!
- ✗ Nachhilfe muss in der unterrichtsfreien Zeit in der Schule durch die Lehrer passieren: Denn bereits knapp jeder dritte Lehrer gibt privat Nachhilfe.
- ✗ Modernes, faires und gerechtes Dienstrecht für alle Lehrer! Die Lehrverpflichtung der Lehrer liegt im Durchschnitt bei nur knapp über 20 Stunden pro Woche. Vorbereitung und Korrekturen etc. werden von zu Hause erledigt, weil der „Arbeitsplatz Schule“ nicht die notwendigen Voraussetzungen erfüllt. Daher müssen ausreichend Arbeitsmöglichkeiten für Lehrer in der Schule geschaffen werden.
- ✗ Einführung einer Trimesterregelung, um drei „Lern- und Lehrblöcke“ zu schaffen, die auch als „Frühwarnsystem“ in Kombination mit dem rechtzeitigen Einsatz von Förderung für die Schüler (Talentierte wie Schwächere) dient.
- ✗ Eine gemeinsame Schule aller 10- bis 14-Jährigen kann und darf daher das Gymnasium nicht ersetzen!
- ✗ Einführung einer bundesweiten Qualitätssicherung des Lehrerfolgs.



DIE MODERNE MITTE WISSEN SCHA(F)FT WOHLSTAND

Österreich nimmt pro Akademiker um über 25.000 Euro mehr ein, als er für dessen Studium ausgegeben hat. Dabei profitiert der Staat nicht nur durch die einkommensbezogenen Mehreinnahmen wie Steuern, sondern auch vom besseren Gesundheitszustand von tertiär Gebildeten, was die Ausgaben im öffentlichen Gesundheitswesen senkt. Des Weiteren konsumieren Akademiker aufgrund ihrer höheren Einkommen auch mehr Waren und Dienstleistungen und bezahlen deshalb mehr Umsatzsteuer.

Trotz dieser von der OECD publizierten Zahlen verschlief die rot/schwarze Bundesregierung die laufende Legislaturperiode! Unser Land rutscht Jahr für Jahr in sämtlichen Wissenschaftsstatistiken nach unten und unseren Kindern wird sehenden Auges eine bessere Ausbildung und somit Zukunft verbaut.

Die BZÖ-Forderungen für mehr Wohlstand durch Wissenschaft:

- ✗ **Mehr Geld für alle Bildungseinrichtungen:** Dadurch werden zumutbare Verhältnisse bei gleichzeitig freiem Bildungszugang gewährleistet. Es kann nicht sein, dass Österreich, als eines der reichsten Länder der Welt, über keine einzige Hochschule von Relevanz verfügt. Wer es sich leisten kann, dessen Kinder studieren in London, Uppsala, Barcelona, Paris oder Bologna.
- ✗ **Einführung von Aufnahmeverfahren und Studieneingangsphase:** Die Universitäten werden verpflichtet, Aufnahmeverfahren einzusetzen, die den Bedingungen des Studiums entsprechen und potentielle Studenten über die Anforderungen des Studiums ausreichend informieren. Die endgültige Auswahl der Studenten soll jedoch nicht durch sogenannte „Knock-out-Prüfungen“ erfolgen, die nur eine sehr punktuelle Erhebung der Leistungsfähigkeit darstellen, sondern mittels einer Gesamtleistungsschau am Studienbeginn.
- ✗ **Quoten für alle Studienrichtungen,** um das System zu steuern. Diese erhalten und verbessern die Studienqualität; ein völlig unbeschränktes Studienangebot, je nach Modeerscheinung, ist nicht sinnvoll.
- ✗ **Tatsächliche Wiedereinführung der Studiengebühren:** Österreich braucht Studiengebühren, in etwa 1.000 Euro pro Jahr plus ein ausgeweitetes Stipendiensystem. Das ist nur fair: Denn wie kommt ein Lehrling dazu, Studenten zu finanzieren?
- ✗ **Finanzierungsunterstützung für Studenten:** Kein talentierter österreichischer Student soll durch Studiengebühren vom Studium abgehalten werden. Deswegen wurde schon bei der erstmaligen Einführung von Studiengebühren im Jahr 2001 das Stipendien-Angebot verbessert und ausgebaut. Ergänzend dazu schlägt das BZÖ vor, einen Studienkredit einzuführen, der an das britische System angelehnt ist. Der maximale Rahmen sollte 10.000 Euro pro Jahr und 30.000 Euro für die gesamte Studiendauer betragen. Der Studienkredit könnte nicht nur für die Begleichung der Studiengebühren, sondern auch für die Finanzierung des Lebensunterhalts verwendet werden. Die Vergabe von Stipendien bleibt davon unberührt. Die Summen aus dem Stipendium reduzieren jedoch entsprechend den möglichen Kreditrahmen. Es wären lediglich Zinsen in Höhe der Sekundärmarktrendite für österreichische Staatsanleihen zu entrichten.
- ✗ **Ausbau der Begabtenförderung:** „Elite“ und „Begabung“ dürfen keine Schimpfwörter werden, denn Eliten sind der Motor jedes Landes. Begabtenförderung bedeutet nicht, auf die Förderung von Schwächeren zu verzichten.

- ✘ **Zusammenlegung der Bildungsagenden:** Schaffung eines Schul-, Wissenschafts- und Forschungsministeriums, um die bestmögliche Bündelung aller finanziellen und intellektuellen Ressourcen zu erreichen.
- ✘ **Verbesserung der verpflichtenden Bildungsberatung:** 50 Prozent der Kinder und der Eltern haben keinen Überblick über das enorme Angebot unseres Bildungssystems.
- ✘ **Anhebung der Forschungsquote:** Derzeit liegt Österreich bei 2,8 Prozent, das Ziel muss aber weiterhin sein, eine 4-prozentige Quote bis 2020 zu erreichen, sodass Österreich endlich von der Gruppe der „Followers“ zur Gruppe der „Innovation Leaders“ aufsteigen kann.
- ✘ **Korrektur der Forschungsinvestitionsbilanz:** Zumindest 70 Prozent der Investitionen sollen von privater Seite getragen werden. Unternehmen sollten dazu durch verbesserte Rahmenbedingungen und adäquate Anreizstrukturen zu mehr Forschung und Innovation stimuliert werden. Die Zahl der Forschung und Entwicklung betreibenden Unternehmen soll dadurch erhöht werden. Laut Berechnungen des Wirtschaftsforschungsinstituts (WIFO) bestand aber bereits 2011 eine Finanzierungslücke zur Erreichung der FTI-Strategieziele von rund 922 Millionen Euro bis zum Jahre 2015!



DIE MODERNE MITTE BÜRGERGELD STATT MINDESTSICHERUNG!

Die rot-schwarze Alleinregierung ist daran gescheitert, den Dschungel von mehr als 200 verschiedenen Sozialleistungen, die in nahezu jedem Bundesland anders geregelt sind, zu lichten. Dennoch lebt eine Million Österreicher an oder unter der Armutsgrenze – trotz der von ÖVP und SPÖ geschaffenen Mindestsicherung.

Für Arbeitslose und Mindestsicherungsbezieher ist derzeit die Annahme einer Beschäftigung wegen des sofortigen Wegfalls bzw. der vollen Anrechnung auf die staatliche Leistung auch nur wenig sinnvoll – Pfusch und Schwarzarbeit blühen.

Die BZÖ-Forderungen für die Bekämpfung von Armut:

- ✗ Individuelle und unbürokratische Hilfeleistung für alle jene, die sie benötigen:** Statt der Mindestsicherung soll ein Bürgergeld die unzähligen Sozialleistungen und Beihilfen zusammenführen, das unter Berücksichtigung der familiären Situation die Existenz sichert. Damit wird die Verwaltung vereinfacht, Doppelförderungen und Förderungsbetrug werden verhindert und Leistungslücken aus mangelnder Information vermieden.
- ✗ Anreize setzen, Wiedereinstieg erleichtern:** Das Bürgergeld soll um ein Drittel unter dem Mindestlohn liegen, damit der Anreiz zur Arbeit erhalten bleibt. Bürgergeldempfänger sind als Gegenleistung nicht nur wie bisher zur Annahme von Arbeitsangeboten und sinnvoller Weiterbildung verpflichtet, sondern auch dazu, nach einem Jahr gemeinnützige Tätigkeiten zu verrichten, falls sie dazu neben Arbeitssuche, allfälliger Beschäftigung und familiären Pflichten in der Lage sind. Sonst wird das Bürgergeld spürbar gekürzt.
- ✗ Wegfall des Zuverdienstverbots:** Durch das Zuverdienstverbot sind viele Leistungswillige im sozialen Netz gefangen! Jede Arbeit neben dem Bürgergeld sollte dadurch gefördert werden, dass sie nur zur Hälfte auf das Bürgergeld angerechnet wird. Gleichzeitig sind die Leistungen der Arbeitslosenversicherung für diejenigen Menschen, die langjährig eingezahlt und wenig oder keine Leistungen bezogen haben, zu erhöhen.



DIE MODERNE MITTE **FAIR TEILEN STATT UMVERTEILEN!**

Das jetzige Pensionssystem ist nicht länger finanzierbar. Bereits heute müssen 40 Prozent des Budgets für Pensionen und Zinsen aufgewendet werden. Pensionsbeiträge werden erhöht, Pensionsleistungen gekürzt, das staatliche Pensionssystem ist langfristig nicht mehr gesichert.

Das gewachsene rot-schwarze Umverteilungssystem „funktioniert“ an den Menschen vorbei. Denn immer höheren Belastungen aus Steuern, Abgaben und Gebühren stehen immer weniger Leistungen gegenüber. Es profitiert nur die staatliche Bürokratie und Verwaltung. Gefördert wird nach dem Gießkannenprinzip ohne Effizienz und Nutzen. Bereits eine Million Österreicher leben an der Armutsgrenze, wir schultern einen Schuldenberg, der uns längst über den Kopf gewachsen ist. Das muss sich ändern: Fair Teilen statt Umverteilen!

Österreich ist mit einer Abgabenquote von 43 Prozent längst zum „Nationalpark Hohe Steuern“ geworden. Auch im internationalen Vergleich ist diese Steuerlast viel zu hoch. Besonders die Lohn- und Einkommensteuer ist mit einem Aufkommen von 24 Milliarden Euro neben der Mehrwertsteuer die ertragreichste Steuer und beschert der Finanzministerin jedes Jahr ein neues Rekordergebnis. Eine umfassende Steuerreform ist überfällig! Vor allem der Mittelstand wird besonders belastet.

Das Steuersystem ist nicht nur kostspielig, sondern auch kompliziert. 600 Ausnahmegestaltungen führen dazu, dass niemand mehr nachvollziehen kann, wie seine Steuerbelastung zustande kommt.

Die BZÖ-Forderungen für ein faires Steuer- und Pensionssystem:

- ✗ Sichere Pensionen für Alle statt Pensionsprivilegien für Wenige:** Während junge Menschen kaum noch damit rechnen, eine staatliche Pension zu bekommen, genießen Privilegienritter von ÖBB, Nationalbank oder Altpolitiker nach wie vor Pensionen in sagenhafter Höhe.
- ✗ Einheitliches Pensionssystem für Alle,** das die Pensionen auch für die Jungen sichert. Ein funktionierendes Drei-Säulen-System aus staatlicher Grundpension, privater und betrieblicher Vorsorge und einem Pensionskonto mit flexiblem Pensionsantrittsalter, damit jeder Beitragszahler selbst entscheiden kann, wann er zu welchen Bedingungen in Pension gehen kann.
- ✗ Verwaltungsreform jetzt:** Besser als neue Steuern ist es, wenn der Staat bei sich selbst zu sparen beginnt. Bis zu zehn Milliarden Euro sind allein im Bereich der Verwaltung einzusparen (wie der Rechnungshof in seinen 599 Vorschlägen darlegt), ohne dass es zu Leistungskürzungen kommt. Das ist mehr als doppelt so viel wie die „Millionärssteuer“ der SPÖ bringen würde.
- ✗ Keine neuen Steuern:** Für das BZÖ kommt die von der SPÖ geforderte Wiedereinführung der Erbschafts- und Vermögenssteuern nicht in Frage. Das Märchen von der „Millionärssteuer“, die den Staatshaushalt saniert, wird sich rasch als Zusatzbelastung für alle, die sich durch ihre Arbeit etwas geschaffen haben, herausstellen. Einfamilienhäuser und auch kleine Erbschaften werden dann besteuert werden – die „Reichensteuer“ ist in Wahrheit eine Mittelstandssteuer!
- ✗ Mehr Netto vom Brutto:** Das BZÖ-Modell der Fairen Steuern bringt mehr Netto für alle, damit der Wohlstand wieder steigt. Dieses Modell ist für alle gerecht, einfach und spart Milliarden Euro in der Verwaltung. Das Beste daran: Jeder kann seine Abgaben einfach auf einem Bierdeckel nachrechnen!



DIE MODERNE MITTE

FAIRE STEUERN FÜR MEHR GELD ZUM LEBEN!

Als einzige wirkliche Steuersenkungspartei setzt das BZÖ auf eine nachhaltige Entlastung der Steuerzahler und auf eine Vereinfachung des Steuersystems. Kern des BZÖ-Modells der „Fairen Steuern“ ist eine einheitliche Einheitsabgabe (Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeitrag) von 44 Prozent ab der Steuerfreigrenze von 11.000 Euro pro Jahr und dem Kinderabsetzbetrag von 9.000 Euro.

Das bringt:

- ✗ Eine deutliche Entlastung, vor allem der unteren und mittleren Einkommen um rund drei Prozent;
- ✗ Höchsteinkommen verlieren hingegen;
- ✗ Reduktion von Verwaltung und Bürokratie, da nur mehr eine einhebende Stelle (Finanzamt);
- ✗ Abschaffung der kalten Progression;
- ✗ Kinder werden durch den Absetzbetrag von 9.000 Euro pro Kind wieder leistungsfähig, vor allem dadurch, dass dieser Absetzbetrag frei im Familienverband aufteilbar ist;
- ✗ statt 600 steuerlicher Sonderregelungen eine klare, leicht verständliche und nachvollziehbare Regelung: jeder kann seine Faire Steuer auf einem Bierdeckel berechnen.

Bruttomonatslohn x 14 = Jahresbruttolohn
minus 11.000,- Freibetrag
(minus 9.000,- Kinderabsetzbetrag/Kind)

Betrag x 0,44 = Einheitsabgabe = Faire Steuer

Jahresbruttolohn minus Faire Steuer = Jahresnettolohn
Jahresnettolohn / 14 = Monatsnettolohn

Das Modell der „Fairen Steuern“ schafft mehr Netto vom Brutto. Durch die höheren Einkommen werden Kaufkraft und Konjunktur gestärkt, dadurch und durch die erzielbaren Einsparungen in der Verwaltung ist dieses Modell mittel- und langfristig aufkommensneutral.

RECHENBEISPIELE

BZÖ-FAIR-TAX-MODELL

Einkommen brutto

€ 2.000,-

€ 3.000,-

€ 5.000,-

Ersparnis pro Monat

€ 314,89

€ 338,23

€ 375,85

Angestellte/r, 1 Kind



DIE MODERNE MITTE

ÜBERSTUNDEN STEUERFREI!

Über 722.000 Arbeitnehmer in Österreich – das ist schon jeder Fünfte – leisten heute bereits regelmäßig Überstunden. Insgesamt werden jährlich rund 300 Millionen Überstunden geleistet, im Schnitt rund 415 Überstunden pro Beschäftigtem.

Doch Leistung und Fleiß werden von der Politik nicht gefördert und belohnt, sondern durch hohe Steuern bestraft. Das muss sich ändern! Das BZÖ fordert daher, alle Überstunden für die Arbeitnehmer steuerfrei zu stellen, damit sich Leistung wieder lohnt! Das bringt mehr Netto vom Brutto sowie eine Belebung von Kaufkraft und Konjunktur.

Derzeit ist der Grundlohn für diese Überstunden in voller Höhe steuerpflichtig! Derzeit gibt es nur eine Vielzahl komplizierter und schwer zu durchschauender Ausnahmen, mit ganz unterschiedlichen Regeln je nach Kollektivvertrag: Etwa einen Freibetrag für gewöhnliche Überstundenzuschläge, aber nur für maximal zehn Überstunden im Ausmaß von höchstens 50 Prozent des Grundlohns, begrenzt mit 86 Euro pro Monat. Wer soll sich da noch auskennen?

Für Überstundenzuschläge an Sonn- und Feiertagen sowie in der Nacht gilt ein Freibetrag von 360 Euro im Monat. In diesen Topf fallen auch Schmutz-, Erschwernis- und Gefahrenzulagen. Dieses System ist aufwendig, kompliziert, sozial ungerecht und vor allem leistungsfeindlich.

Nehmen wir folgendes Beispiel: Ein Arbeitnehmer verdient 3.202 Euro brutto und leistet 17 Überstunden, davon vier in der Nacht. Den Grundlohn von 380,83 Euro für diese Überstunden muss er voll versteuern. Selbst von den steuerbegünstigten Zuschlägen von 156,67 Euro muss er noch 70,67 Euro versteuern. Nur die Nachtzuschläge sind mit 78,36 Euro steuerfrei. In Summe erhält er daher für seine 17 Überstunden gerade einmal 615,86 Euro! Davon sind derzeit nur 164,36 Euro steuerfrei, 451,50 Euro muss er voll versteuern. Mit dem BZÖ-Modell soll der gesamte Lohn für jede Überstunde samt Zuschlägen steuerfrei sein. Der Arbeitnehmer in unserem Beispiel bekommt dann statt 164,36 Euro 615,86 Euro steuerfrei.

Und: Bessere und leistungsgerechtere Bezahlung erhöht die Zufriedenheit und Motivation am Arbeitsplatz. Das kommt so direkt auch den Unternehmern zugute, die diese Steuerbefreiung der Überstunden nichts kostet. Ein weiterer Pluspunkt: Die Lohnverrechnung wird einfacher und billiger. Alle bestehenden Arbeitnehmer-Schutzbestimmungen und die geltenden Rechtsnormen zur Arbeitszeit bleiben dabei natürlich voll erhalten.



DIE MODERNE MITTE

GENUG GEZAHLT!

Nicht nur durch eine erdrückende Steuerlast, sondern auch durch ausufernde Abgaben und Gebühren werden die Österreicher massiv belastet. Diese Belastungen haben längst jedes Maß verloren, dienen nur dem „Abkassieren“ durch den Staat und haben keine sachliche Rechtfertigung. Als einzige Partei bekennt sich das BZÖ zu einer durchgängigen und umfassenden Entlastung der Österreicher. Der Gebührenschunzel muss gerodet werden! Der Staat kann billiger und dadurch besser werden!

Beispiel Spritkosten: Nicht nur die Preistreiber-Politik der Öl-Multis verteuert die massiv gestiegenen Treibstoffpreise. Gegenwärtig beträgt die Steuerlast bei Diesel 46 Prozent, bei Benzin 51 Prozent vom Gesamtpreis, die rot-schwarze Bundesregierung ist auch beim Treibstoff der Preistreiber Nummer eins. Seit dem Jahr 2000 sind die Lebenshaltungskosten um 25 Prozent gestiegen, die Autokosten jedoch um 30 Prozent. Autofahrer zahlen jährlich rund 30 Milliarden Euro an Steuern und Abgaben. Der Eingriff ist gerechtfertigt, weil Energie kein freier Markt ist, sondern Oligopole herrschen.

Beispiel Mieten: In den vergangenen elf Jahren sind die Mietkosten deutlich stärker gestiegen als die Löhne. Der Anstieg bei den Mieten (ohne Betriebskosten) betrug 38,5 Prozent, während die allgemeine Teuerung lediglich um 25 Prozent zugelegt hat. Die Bruttolöhne je Beschäftigtem sind mit 26 Prozent ebenfalls nur im Ausmaß der Inflation gestiegen. Wohnen zu einem leistbaren Preis ist ein Grundrecht. Auch der Mittelstand ist mittlerweile von den überdurchschnittlich gestiegenen Mietpreisen betroffen. Die Abschaffung der Umsatzsteuer auf Mieten bedeutet, dass etwa eine 100 Quadratmeter große Wohnung in Klagenfurt, für die der Mieter monatlich 627 und jährlich 7.524 Euro (6,27 Euro Durchschnittspreis pro Quadratmeter) zahlt, um 752 Euro pro Jahr günstiger wird. Das ist eine echte Erleichterung für jeden Mieter, ohne Vermieter zu belasten.

Die BZÖ-Forderungen für ein leistbares Leben:

- ✗ Reduktion der Mineralölsteuer;
- ✗ volle Absetzbarkeit der Pendlerkosten;
- ✗ Festlegung von staatlich kontrollierten Obergrenzen bei Treibstoff-, Strom- und Gaspreisen;
- ✗ Bekämpfung des „Österreich-Aufschlags“ bei Lebensmitteln;
- ✗ die Weitergabe der Großhandelspreisentwicklung an die Endverbraucher bei Strom und Gas;
- ✗ die Abschaffung der Energieabgabe auf Strom und Gas (Ersparnis von mindestens 130 Euro pro Jahr und Haushalt);
- ✗ die Abschaffung der 10-prozentigen Umsatzsteuer auf Mieten;
- ✗ die Abschaffung der Mietvertragsgebühr;
- ✗ Senkung der Gerichtsgebühren;
- ✗ eine Höchstgrenze für Gemeindeabgaben und die Einführung eines landesgesetzlich geregelten Gebührenkorridors (Wiedereinführung des Kostendeckungsprinzips in der Verfassung).



DIE MODERNE MITTE **WENIGER ÄMTER, MEHR UNTERNEHMEN!**

Österreich ist eines der überverwaltetsten und unternehmerfeindlichsten Länder der Welt. Es gibt mehr als 3.500 Behörden und Ämter, über 500.000 Beamte und öffentlich Bedienstete, aber nur 308.000 Unternehmen. Die Gesetzesflut führt dazu, dass die Verwaltung immer mehr mit Administration beschäftigt ist, als für die Bürger da zu sein. Damit muss endlich Schluss sein! Das BZÖ hat ein Modell für die Schaffung eines modernen, schlanken und bürgerfreundlichen Staates.

Geht es nach dem BZÖ, gehören viele Parallelsysteme wie 22 Sozialversicherungsträger, vier bundesweite Wetterdienste, länderspezifische Regelungen für Ausgehzeiten von Jugendlichen, neun verschiedene Bauordnungen, 86 verschiedene Regelungen für das Tragen von Lasten oder weitere Skurrilitäten wie das Wiener Schischulgesetz der Vergangenheit an.

Ämter schaffen keine Arbeitsplätze, das können nur Unternehmen. Würde nämlich jedes bestehende KMU einen zusätzlichen Arbeitnehmer aufnehmen, würde die Arbeitslosigkeit um die Hälfte verringert werden! Doch der Wirtschaftsstandort Österreich wird immer schlechter. Eine Studie der Weltbank setzt Österreich in der Liste der für Unternehmen attraktivsten Länder nur noch auf Platz 29. Bei den Firmenneugründungen liegt Österreich im OECD-Vergleich auch nur noch auf Platz 29 von 31! Für eine Neugründung müssen acht Verfahren durchlaufen werden, die rund 25 Tage dauern.

Zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Österreich und zur Verbesserung der Situation der Unternehmen und Beschäftigten ist auch eine Senkung der Lohnnebenkosten notwendig: Derzeit betragen diese schon 31 Prozent. Das heißt: Ein Beschäftigter mit 1.800 Euro brutto kostet den Arbeitgeber knapp 2.400 Euro pro Monat, verdient aber nur rund 1.300 Euro netto. 1.100 Euro kassiert die Finanzministerin!

Die BZÖ-Forderungen für weniger Bürokratie und mehr Unternehmertum:

- ✗ Straffe Verwaltung, klare Kompetenzen!**
- ✗ Aufgabenorientierte Staats- und Verwaltungsreform;**
- ✗ Gesetzesflut eindämmen, juristischer Kassasturz;**
- ✗ Zusammenlegung aller Sozialversicherungsträger:** In Österreich gibt es insgesamt 22 Sozialversicherungsträger, die für die gesetzliche Kranken-, Pensions- und Unfallversicherung zuständig sind. Effizient ist eine Sozialversicherung mit einem einheitlichen Leistungskatalog für alle Versicherten.
- ✗ Leichter gründen:** Neuunternehmer sollen für nur einen symbolischen Euro und ohne mühsame Behördenwege eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung gründen dürfen. Ziel ist es, dem Arbeitsmarkt einen Impuls zu geben. Derzeit ist der Weg zu einem eigenen Unternehmen zu schwerfällig und kostspielig.
- ✗ Schaffung der 1-Euro-GmbH:** Damit können junge Leute mit Geschäftsideen „schnell und beinahe kostenlos“ ein Unternehmen gründen. In Italien gab es so seit Beginn des Jahres schon über 3.000 Neuunternehmer.
- ✗ Schnellere und leichtere Kapitalbeschaffung:** Niedrig verzinste Betriebskredite an Unternehmer, die erfolgreich sind und dennoch kein Geld von den Banken für Investitionen bekommen.
- ✗ EPUs stärken:** In Österreich gibt es rund 250.000 Ein-Personen-Unternehmungen (EPU). Viele sind völlig unfreiwillig selbstständig und landen im für sie unpassenden Sozial- und Steuerrecht.



DIE MODERNE MITTE PATCHWORK IST AUCH FAMILIE!

Mehr als 34.000 Menschen werden jährlich geschieden – fast jede zweite Ehe geht inzwischen in die Brüche. Über 19.000 Kinder sind jährlich von Scheidungen betroffen. Deshalb gibt es insgesamt bereits 286.000 Alleinerzieher. Familien mit Kindern sind zu einem Drittel Ein-Eltern-Familien oder Lebensgemeinschaften. 1,2 Millionen Österreicher leben in Patchworkfamilien! Unsere Familiensituationen verändern sich also extrem schnell. Der Staat muss sich daher endlich an die neuen Bedürfnisse der Kinder und Eltern anpassen, um Österreich wieder kinder- und familienfreundlich zu machen. Unsere Kinder sind unsere Zukunft!

Kinder zu haben bedeutet derzeit oft, in Armut zu leben: Zwölf Prozent der Haushalte mit einem Kind und 26 Prozent der Haushalte mit mindestens drei Kindern sind arm – beides sind Folgen weiter steigender Scheidungsraten und weiter zunehmender Zahl an Patchworkfamilien.

Jedes Kind ist gleich viel wert: Bei einem mittleren Einkommen von 1.800 Euro netto muss man derzeit für zwei Kinder (16 und 13 Jahre) 684 Euro an Unterhalt bezahlen. Damit bleiben für die neue Familie mit Kindern gerade einmal 1.116 Euro. Aber schon das Existenzminimum für eine einzelne Person liegt bei 1.088 Euro. Für die Kinder in der zweiten Familie ist daher weniger Geld da; Eltern, die Unterhalt zahlen, können es sich oft nicht leisten, wieder eine Familie zu gründen. Für Unterhaltsforderungen liegt das Existenzminimum für eine Person bei nur 816,08 Euro. Eltern und Zweitfamilien müssen daher oft mit weniger Geld auskommen als Kinderlose.

Alleinerzieher leisten Schwerstarbeit: die Kinder versorgen, den Haushalt führen, den Lebensunterhalt verdienen! 24 Prozent der Alleinerzieher-Haushalte sind arm. Alleinerzieher müssen oft mit zu niedrigen oder ausbleibenden Unterhaltszahlungen leben. Unterhaltsvorschuss wird erst nach mindestens drei Verfahren (Unterhaltsbemessung, Exekution, Unterhaltsvorschuss) gezahlt und steht oft nicht in ausreichender Höhe zu; dadurch kommt es oft zu Versorgungsengpässen und Notlagen.

Die BZÖ-Forderungen für unsere Familien:

- ✗ Unterhaltszahlungen für Kinder steuerlich absetzbar machen.
- ✗ Generelle Unterhaltsbevorschussung vom Finanzamt, das dann das Geld – soweit dem anderen Elternteil zumutbar – eintreibt. Und: Derzeit wird der Kontakt des Kindes zum getrennt lebenden Elternteil zum bloßen „Besuchsrecht“ verringert. Das muss sich ändern, denn auch Väter haben Rechte!
- ✗ Rechtliche Gleichstellung aller Zusammenlebensformen; wir wollen insbesondere den 1,2 Millionen Menschen in Patchworkfamilien das Leben erleichtern. Vater und Mutter bleibt man auch nach einer Scheidung! Beide Eltern sollen daher die Obsorge für gemeinsame Kinder wahrnehmen können. Stiefeltern sollen auch Aufgaben in der Familie übernehmen können, ohne die leiblichen Eltern zu verdrängen. Alle Kinder, egal aus welcher Verbindung, sollen gleiche Rechte haben!
- ✗ Aufteilung des Elterneinkommens auf alle zu versorgenden Kinder: Jeder Mensch soll jedoch für Unterhaltsleistungen maximal die Hälfte seines Einkommens verwenden müssen. Der Kinderunterhalt hat Vorrang vor dem Unterhalt an den Ex-Ehegatten. Auch für Unterhalt zahlende Eltern soll das normale Existenzminimum gelten, damit zweiten Familien mehr Geld zum Leben bleibt.